

PRESSEMITTEILUNG

Arbeitsplätze für Flüchtlinge

Unternehmen stellen ein

Über sieben Prozent der deutschen Unternehmen beschäftigen Flüchtlinge oder haben dies in den vergangenen fünf Jahren getan. Weitere elf Prozent planen das. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der IW Consult unter mehr als 900 Geschäftsführern von Industrie- und Dienstleistungsfirmen.

Rund eine Million Flüchtlinge kamen im vergangenen Jahr nach Deutschland, darunter viele aus Kriegs- und Krisenländern wie Syrien, Afghanistan, Eritrea und dem Irak. Mit rund 90.000 war die Zahl der Arbeitslosen aus den genannten vier Ländern im Februar 2016 allerdings fast doppelt so hoch wie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von dort. Denn einen Job zu finden, fällt vielen schwer.

Einen Hoffnungsschimmer liefern die Ergebnisse der Befragung der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW): Knapp elf Prozent der befragten Firmen haben konkrete Pläne, künftig Flüchtlinge zu beschäftigen. Unternehmen, die bereits Flüchtlinge zur Belegschaft zählen, planen sogar zu über 40 Prozent, weitere Flüchtlinge einzustellen.

Dennoch: Mehr als drei Viertel der Firmenchefs bezeichnen fehlende Deutschkenntnisse als großes Hemmnis, Flüchtlinge einzustellen. Zu geringe fachliche Qualifikationen sind für 60 Prozent der Befragten eine allzu hohe Hürde. Für die Hälfte der Geschäftsführer stehen Unsicherheiten mit dem Aufenthaltsrecht sowie für 17 Prozent ein zu hoher Mindestlohn entscheidend im Weg.

„Die Bundesregierung muss es Flüchtlingen weiter erleichtern, Deutsch zu lernen und sich fortzubilden“, sagt IW-Direktor Michael Hüther, den der Wirtschafts- und Energie-Ausschuss des deutschen Bundestags am Mittwoch, den 16. März, zum Thema hörte. Ein Erfolgsfaktor zur Beschäftigung von mehr Flüchtlingen sei zudem, sie regional gleichmäßig zu verteilen. „Eine zu starke Konzentration anerkannter Flüchtlinge auf wenige Regionen verkleinert ihre Integrationschancen“, so Hüther. Eine Beschränkung der Wohnortwahl auch für anerkannte Flüchtlinge sei deshalb nicht nur mit Blick auf die gleichmäßige Lastenteilung zwischen den Kommunen sinnvoll.

Michael Hüther / Wido Geis: Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingsmigration, Stellungnahme zur Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie

Ansprechpartner im IW: **Dr. Wido Geis, Telefon: 0221 4981-705**

**iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.**